VFz 11/10 K

01.10.02

I A 1 - Vw 6000 - 151 /02

I A 4 - Vw 8105 - 118 /02

z. v. A.

11. September 2002
schuvw95100091_02.doc

Sprechzettel
für die 114. Sitzung des Haushaltsausschusses
am 12. September 2002

TOP 5: Unterrichtung durch die Bundesregierung

Erläuterungen der deutschen Defizitzahlen für das Jahr 2002
(Mündliche Unterrichtung durch das BMF)

I. Aktiver Teil der Stellungnahme

Seriöse, zuverlässige Angaben sind der Kern einer funktionierenden haushaltspolitischen Überwachung.

Für die Ermittlung entsprechender Angaben werden in D derzeit noch weitere Informationen benötigt. So liegt der Steuerschätzung vom Frühjahr die Annahme einer kräftigen gesamtwirtschaftlichen Beschleunigung im 2. Halbjahr 2002 und damit auch eines stärkeren Steueraufwuchs im 2. Halbjahr zugrunde.

Auf der Basis der gegenwärtig vorliegenden Daten würde eine gegenüber der letzten Schätzrunde vom Mai/Juni unveränderte Defizitquote [2,6 Prozent] genannt werden.

Angesichts der großen Unsicherheit der Datenlage, insbesondere auch mit Blick auf die Fluthilfe, wäre dies kein seriöser Weg.

Das gilt auch für die derzeitige Haushaltsentwicklung des Bundes:
Nach der Steuerschätzung vom Mai müssen wir mit einem um 2,8 Mrd. € verringerten Steueraufkommen für den Bund rechnen.
Bekannt ist außerdem, dass sich die Münzeinnahme in der Größenordnung von gut 2 Mrd. € verringern werden.

Wir werden auch eine gewissen Belastung aus der Arbeitsmarktentwicklung zu tragen haben, allerdings wird sich die von einigen Beobachtern befürchtete Deckungslücke bei der Bundesanstalt für Arbeit mit Blick auf die Einmalzahlungen zum Jahresende wieder deutlich verringern.

Den Belastungen stehen aber bereits jetzt erkennbare Entlastungen in der Größenordnung von bis zu 5 Mrd. € gegenüber, insbesondere aus Verwaltungseinnahmen (1 Mrd. €), Gewährleistungen (1,3 Mrd. €), Minderbedarf Postbeamtenversorgungskasse (0,5 Mrd. €), Zinsen und Versorgung (0,7 Mrd. €).

Meine Erfahrung aus den vergangenen Jahren zeigt:

- 1999 konnten Belastungen in Höhe von rd. 5 Mrd. € aufgefangen werden,
- 2000 wurden 4,5 Mrd. € im Haushaltsvollzug eingespart und
- 2001 haben wir Mehrbelastungen in Höhe von rd. 5 Mrd. € kompensiert.

Teilweise wurde sogar die Nettokreditaufnahme abgesenkt.

Für das zweite Halbjahr zeichnet sich überdies eine deutliche gesamtwirtschaftliche Beschleunigung ab. Die erst im Herbst vorliegenden neuen Einschätzungen zum Konjunkturverlauf haben daher besonderes Gewicht.

Die Bundesregierung unternimmt auch in diesem Jahr alles, um die Einhaltung der Prinzipien des europäischen Stabilitätspakts zu gewährleisten. - Hingegen würde alleine das Sofortprogramm der CDU/CSU Zusatzbelastungen in Höhe von rd. 21 Mrd. € mit sich bringen.

Ich nenne hier nur die Rückgängigmachung des Flutopfersolidaritätsgesetzes [ca. 7 Mrd. €], die Rückgängigmachung der nächsten Stufe Ökosteuer [ca. 3 Mrd. €] und die Senkung der Sozialbeiträge bei Niedriglohn (800 €) [ca. 1 Mrd.€].

- Dazu paßt dann auch, dass sich im Wahlprogramm der Union keine Aussage zum Ziel eines ausgeglichenen Haushalts findet. [Papier "Offensive 2002" enthält eine entsprechende Aussage allerdings in sehr undifferenzierter Art. Zitat von S. 5: "Der ausgeglichene Haushalt muss mit dem Ziel möglichst hoher Investitionen verknüpft werden."].

Die Entschlossenheit der Bundesregierung, die Prinzipien des europäischen Stabilitätspakts zu wahren, findet ihren Ausdruck auch in der gewählten Lösung zur Finanzierung der Hochwasserhilfe (Verschieben 2. Stufe Steuerreform, Umschichtungen im Gesamthaushalt, haushaltswirtschaftliche Sperre).

Diese Lösung verbindet die notwendige substanzielle Hilfe mit den Anforderungen an eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. Zusätzliche Ausgaben werden durch zusätzliche Einnahmen gedeckt. Für eine abschließende Bewertung der Auswirkungen der Flutkatastrophe ist es aber ebenfalls zu früh.

In dieser Situation kann auch an die EU-Kommission keine seriöse Zahl für das Staatsdefizit gemeldet werden. Eine Meldung erfolgt daher, sobald gesicherte Erkenntnisse über die zugrundeliegenden Daten vorliegen. Im übrigen sieht auch die EU-Kommission derzeit für D keine Gefährdung des Maastricht-Zieles.

II. Materialien für eine Replik auf etwaige Nachfragen

1. Zur Aussagekraft des Staatsdefizits im ersten Halbjahr 2002

Das Statistische Bundesamt weist für das erste Halbjahr 2002 einen Finanzierungssaldo des Sektors Staat von **-36,3 Mrd €** aus. Daraus ließe sich rein rechnerisch ein „Halbjahres-Maastricht-Defizit" von **3,5 Prozent** des BIP ermitteln.

Diese Quote ist nicht Gegenstand der „Maastricht-Meldung" an die Europäische Kommission. Entscheidend dafür ist das **geschätzte Defizit des Gesamtjahres 2002**. Rückschlüsse auf das Jahresergebnis sind aus einem Halbjahresergebnis nicht ableitbar.

So liegen viele Daten aufgrund der sehr großen Zahl an Erhebungseinheiten in D (Bund, Länder, Gemeinden) erst mit zeitlicher Verzögerung vor. Außerdem erfolgt die Steuerung der öffentlichen Haushalte im Jahresrahmen.

Der Einnahmen- und Ausgabenstand zu bestimmten unterjährigen Terminen ist keine relevante Größe für die Haushaltspolitik.

Anders als bei anderen makroökonomischen Größen wird die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung in sehr viel höherem Maße durch diskretionäre Vorgänge beeinflusst, die eine ungleichmäßige Verteilung über das Jahr zur Folge haben.

Die Orientierung an Quartalssalden – hier dem ersten Halbjahr 2002 - birgt daher das Risiko der Fehlinterpretation. Die Gefahr ist groß, dass aus Quartalssalden Handlungsempfehlungen an die nationale Politik abgeleitet werden, obwohl diese Daten aufgrund mangelnder Aktualität, Zuverlässigkeit und Aussagefähigkeit für solche Zwecke völlig ungeeignet sind.

BMF hat sich aus diesen Gründen in der Vergangenheit stets gegen eine Verwendung solcher unterjährigen Kennzahlen ausgesprochen und solche Daten auch nicht in der eigenen Argumentation verwendet.

2. Zur Einleitung eines Verfahrens nach Art. 104 EG-Vertrag (Überschreiten der 3% Defizitgrenze)

Für die Kommission gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Anlaß, gegen D ein Verfahren nach Art. 104 EG-Vertrag wegen der Überschreitung der 3 % Defizitgrenze einzuleiten.

Der Bericht der Kommission über den Stand des öffentlichen Defizits, mit dem das Verfahren eingeleitet wird, muss zwingend nur dann erstellt werden, wenn eines der in Art. 104 Abs. 2 genannten Kriterien nicht erfüllt ist [Überschreiten der 3 % Defizitgrenze, ohne dass einer der Ausnahmetatbestände vorliegt).

Dies ist gegenwärtig nicht gegeben. Die Flutkatastrophe ist unbestritten ein Tatbestand, der nicht in der Verantwortlichkeit des betroffenen Landes liegt. Überdies sind wir derzeit zuversichtlich, dass die 3%-Grenze eingehalten werden wird.

---

3. Zur Unsicherheit der Datenlage

Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, dass auch in diesem Jahr die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingehalten werden.

Voraussetzung - das haben wir, wie andere europäische Staaten auch, immer gesagt - ist eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung.

Konjunkturelle Entwicklung

Die Wachstumsprognose der Bundesregierung ist keineswegs zu optimistisch. Mit unserer Annahme eines Wachstums von ¾ Prozent in 2002 liegen wir mitten in dem geltenden Prognosespektrum von 0,6 - 1,2%. So liegen RWI [0,9 %] und das Institut für Weltwirtschaft Kiel [1,2 %] deutlich über der Prognose der Bundesregierung.

Die allgemeine Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung zeigt sich beispielsweise in der ungewöhnlich hohen Frequenz der Prognoseanpassungen. Alleine der IWF hat seine Prognose beispielsweise schon dreimal geändert.

Weltwirtschaftliche Situation

Ursache für das uneinheitliche Bild der Konjunkturdaten ist vor allem auch die unerwartet starke weltwirtschaftliche Abschwächung des vergangenen Jahres. Diese wirkt bis weit in dieses Jahr hinein fort.

Entwicklung der Steuereinnahmen

Die Einnahmenentwicklung ist stark durch diskretionäre Vorgänge beeinflußt, die eine ungleichmäßige Verteilung über das Jahr zur Folge haben.

So kommt beispielsweise in jedem Jahr im März die Eigenheimzulage für einen neuen Förderjahrgang zum Tragen. Sie wird aus dem Einkommensteuer-aufkommen gezahlt und lag in diesem Jahr um 1,2 Mrd. € höher als im Vorjahr.

In diesem Jahr wirkt sich überdies die schlechte Gewinnlage im vergangenen Jahr aus. So haben Großunternehmen vor allem aber auch Banken in diesem Jahr ganz unüblich sehr rasch ihre Steuererklärung für 2001 eingereicht. Was bei der Körperschaftsteuer infolge der schlechten Gewinnlage geballte Erstattungen und stark geminderte Vorauszahlungen zur Folge hatte.

In den kommenden Monaten ist kein entsprechender Effekt zu erwarten. Die Einnahmenentwicklung könnte daher günstiger als erwartet ausfallen.

4. Zu den Forderungen der CDU/CSU

Das Wahlprogramm der CDU/CSU wird voraussichtlich Zusatzbelastungen (in Form von Mindereinnahmen und Mehrausgaben) in erheblicher Milliardenhöhe für den Bundeshaushalt und die Sozialversicherungsträger verursachen.

Insgesamt sind mit den geplanten steuerpolitischen Maßnahmen rund 66 Mrd. € Mindereinnahmen programmiert. Davon sind ca. 31 Mrd. € alleine auf das geplante Familiengeld zurückzuführen.

Der Verzicht auf die letzte Stufe der Ökosteuer verursacht nicht nur Mindereinnahmen in Höhe von rd. 3 Mrd. € pro Jahr, sondern steht auch der Stabilisierung der Rentenversicherungsbeiträge entgegen.

[Zu den finanziellen Auswirkungen des Wahlprogramms s. auch Tabelle in der Anlage].

5. Zur verspäteten Meldung des Staatsdefizits an die KOM durch D

Eine nachgereichte Meldung des Staatsdefizits ist durchaus nicht unüblich.

So gab es beispielsweise auch bei der diesjährigen Frühjahresmeldung zahlreiche Staaten, die dies getan haben.

Die Spannbreite umfaßte dabei mehr als sieben Wochen. In dieser Melderunde haben mit Stand 10. September ebenfalls mehrere Mitgliedstaaten noch nicht gemeldet. Das ist kein begrüßenswerter Umstand, wenn es aber nachweislich der Preis für erhöhte Zuverlässigkeit und Seriosität der dann gemeldeten Daten ist, dann gilt es abzuwägen.

Sitzungsvertreter:

MR Dr. Hanke / I A 4
ORR'in Schutt / I A 1